



Pressemitteilung

12.01.2015

Freimessen – der Weg in die flächendeckende atomare Verstrahlung?

Die Initiative Atomausstieg Groß Gerau diskutierte in Ihrer letzten Sitzung unter anderem über das sogenannte "Freimessen" bei der Entsorgung schwach radioaktiv strahlender Bauteile von Atomkraftwerken. Dabei zeigten sich die Teilnehmer über diese gesetzlich erlaubte Praxis äußerst besorgt, heißt es in einer Pressemitteilung.

Beim Rückbau eines Kernkraftwerkes fallen große Mengen Bauschutt an. Rund 80 Prozent davon, vor allem Gebäude, Kantine, Generatorhalle, Zaun, Betonwege und so weiter, sind üblicherweise nicht radioaktiv belastet und können ganz normal abgebaut werden. Etwa zwei Prozent entfallen auf den hochradioaktiven Reaktorkern. Das stark verstrahlte Material muss, das ist unstrittig, einer Endlagerung zugeführt und für Hunderttausende Jahre sicher verwahrt werden. Wann und wo auch immer diese stattfinden soll. Verbleiben rund 18 Prozent leicht verstrahlter Bauschutt bzw. -schrott, welche die Atomenergiegegner gerne separat einer sicheren Lagerung zuführen würden, bis die Strahlung nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten abgeklungen ist. Diese Zwischenlagerung ist aber teuer. Der billigere Weg für die Betreiber der AKWs ist das sogenannte „Freimessen“. Dabei wird leicht verstrahlter Abraum so lange mit unverstrahltem Schutt gemischt, bis die Grenzwerte unterschritten werden. Danach kann die Mischung wie normaler Bauschutt auf jeder Deponie oder auf jedem Schrottplatz abgeladen und wiederverwendet werden.

Die IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkriegs) sowie der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) warnen schon seit einiger Zeit vor den gesundheitlichen Schäden, die von den ionisierenden Strahlen ausgehen und fordern, dass die Grenzwerte herabgesetzt werden. Man weiß aus Langzeitstudien, dass selbst niedrige Strahlendosen längerfristig Krebs verursachen. „Wenn radioaktiv belasteter Bauschutt oder Metallteile in den normalen Wirtschaftskreislauf gelangen, wird die Radioaktivität insgesamt ja nicht weniger“, schreibt die Initiative. „Sie wird nur breiter verteilt und nachfolgende Krebserkrankungen können dann noch weniger der Ursache Atomkraft zugeordnet werden.“

Insbesondere in den Gebieten rund um Atomkraftwerke ist die Zahl der Leukämiefälle deutlich erhöht, auch wenn diese im Normalbetrieb arbeiten und alle Grenzwerte eingehalten werden. Jeder weiß, dass man bei einer Röntgenuntersuchung zum Schutz vor den Röntgenstrahlen eine Bleischürze umgehängt bekommt. Die Gefahren, die von radioaktiver Strahlung ausgehen, sind aber wesentlich größer. Da in den nächsten Jahren mehrere Atomreaktoren abgebaut werden sollen, wird es Millionen Tonnen leicht verstrahltes Material geben, das infolge der „Freimessung“ ganz legal in den alltäglichen Kreislauf gelangen wird. Das nachfolgende Szenario soll verdeutlichen, wie es sich auswirkt, wenn mehrere belastende Faktoren zusammen kommen.

Die Person X wohnt in der Nähe einer Deponie, auf der leicht verstrahlter Bauschutt aus dem AKW Biblis gelandet ist. Sie hat eine Zahnspange im Mund, deren Metall "freigemessen" wurde, die aber trotzdem leicht Radioaktivität abgibt. Die Person befährt hin und wieder mit dem Fahrrad den Deich am AKW, bei dem gerade der biologische Schild abgebaut wurde, und atmet dort radioaktive Partikel über die Luft ein, weil einige Türen offenstanden und radioaktiv verseuchter Staub entweichen konnte. Darunter auch winzige Mengen des hochgiftigen Plutoniums. Die Person angelt einen Fisch im Rhein, der gerade einen Wurm mit radioaktiven Partikeln in der Nähe des Abwasserrohrs aus dem AKW verschluckt hat. Der Fisch hielt sich vorwiegend in der Nähe des Abwasserrohrs auf, aus welchem regelmäßig Wasser aus dem AKW abgeleitet wird, das bei der Dekontamination von radioaktiv verstrahlten Teilen anfällt. Der Fisch wird dann in einer Pfanne gebraten, die strahlende Metallteile aus dem Reaktorkern enthält. Jede Belastung allein mag relativ ungefährlich sein, aber in der Summe ist die Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung hoch.

Bei der Festsetzung der Grenzwerte wurden solche kumulierenden Aspekte nicht berücksichtigt. Die Initiative Atomausstieg fordert deshalb, dass auch gering verstrahltes radioaktives Material nicht auf normalen Deponien landen und schon gar nicht in Baumaterialien und Gebrauchsgegenständen verarbeitet werden darf.